

Kubicki rudert zurück: Hoffnung für Lübecks Uni

Chef der FDP-Landtagsfraktion kündigt Prüfung des Sparplans an Großdemo am 16. Juni in Kiel – Kritik auch vom CDU-Landesvize

VON WOLFRAM HAMMER UND
JOSEPHINE VON ZASTROW

LÜBECK/KIEL – In die Debatte über die drohende Schließung der Medizin-Uni in Lübeck kommt neue Bewegung. Der Chef der FDP-Landtagsfraktion, Wolfgang Kubicki, läutet eine Kurs-Korrektur ein. Wenn durch die im Zuge des CDU-FDP-Sparpakets beschlossene Abwicklung des Medizin-Studiengangs die Ansiedlung eines Fraunhofer-Instituts gefährdet sei, werde die Entscheidung neu geprüft, erklärt der Liberale gestern gegenüber den LN. Bislang hatte die Regierung stets betont, an den Sparmaßnahmen werde nicht mehr gerüttelt – „keiner kippt um“, hieß das bei Ministerpräsident Peter Harry Carstensen (CDU).

Mehr als 300 Studenten hatten Kubicki am späten Donnerstagabend bei einem Auftritt beim Freiberufler-Verband im Lübecker Scandic-Hotel abgepasst. Schon

dort erklärte der Liberale: „Teil des Konzepts ist die Zusage des Wissenschaftsministeriums, dass Lübeck ein Fraunhofer-Institut erhält.“ Wenn es das nicht gebe, müsse man neu entscheiden. Es müssten allerdings anderswo Einsparungen in gleicher Höhe her. Eine Idee: Ein gleichmäßiger Abbau von Medizin-Studienplätzen sowohl in Lübeck als auch in Kiel – bei Erhalt beider Standorte.

Ob die Fraunhofer-Gesellschaft Lübeck im Falle des Falles wirklich den Rücken kehren will, darüber gehen die Meinungen auseinander. Uni-Präsident Peter Dominiak erklärt erneut: „Die Fraunhofer-Einrichtungen sind gefährdet.“ Anders CDU-Wissenschaftsminister Jost de Jager: „Das kann ich nicht bestätigen.“ Die Entscheidung für das Auslaufen der Medizin-Uni und die Fraunhofer-Ansiedlungen (Forschung mit Stammzellen

und Medizintechnik, bis zu 300 Arbeitsplätze) hätten auch nichts miteinander zu tun. Das klingt bei Fraunhofer-Präsident Hans-Jörg Bullinger anders: „Wir sind sehr unglücklich über die Entscheidung der Landesregierung und stehen in großer Solidarität zur Uni.“ Auch die Präsidentin der Deutschen Hochschulrektorenkonferenz, die Bonner Professorin

Margret Wintermantel, schaltet sich in die Debatte ein. Sie sei „bestürzt“,

schreibt sie Carstensen in einem Brief. Der Beschluss, den Medizin-Studiengang zu schließen, müsse rückgängig gemacht werden. Das sei „ein falscher Schritt mit negativen Konsequenzen – nicht nur für die Universität Lübeck, sondern für Schleswig-Holstein und die Bundesrepublik Deutschland insgesamt“.

Unterdessen bereitet sich die Lübecker Uni darauf vor,

den Protest nach Kiel zu tragen. Der Allgemeine Studierendenausschuss (Asta) plant eine Großdemonstration während der nächsten Landtags-sitzung am Mittwoch, 16. Juni, rund ums Landeshaus. Mehrere tausend Teilnehmer haben die Studenten angemeldet. Es soll Sonderzüge geben.

Derweil geht auch die Junge Union auf Distanz zu den Sparplänen. Man werde Möglichkeiten suchen, das Sparvolumen durch andere Maßnahmen zu erreichen „ohne die Medizin in Lübeck zu schließen“, so der JU-Chef und CDU-Landesvize Rasmus Vöge. SPD und Grüne in Kiel unterstützen den Protest ohnehin. „Der bisherige Vorschlag der Landesregierung wäre der sichere Tod der Universität Lübeck“, sagt der SPD-Fraktionsvorsitzende Ralf Stegner. Es sei immerhin ein gutes Zeichen, dass die Proteste der Studenten Kubicki zur Einsicht gebracht hätten.

Seiten 2, 6 und 16

